Mittwoch, 26. Oktober 1932
Nr. 244. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Urteil des Staatsgerichtshofes

Einsetzung des Reichskommissars mit Einschränkungen anerkannt

Bei Redaktionsschluß erhalten wir folgende Meldung:

WTB. **Leipzig,** den 25. Oktober.

Im Staatsgerichtshof-Prozeß der Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich verkündete der Reichsgerichtspräsident Bumke wenige Minuten nach 12 Uhr folgendes Urteil:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reiche oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.

Mit dieser Entscheidung ist die Einrichtung des Reichskommissars in ihrem entscheidenden Punkt anerkannt und sanktioniert. Zu der Bedeutung dieses Urteils werden wir morgen, wenn die Urteilsbegründung vorliegt, eingehend Stellung nehmen.

Papen lobt die ADGB-Führer

140 Millionen Reichsmittel für das Handwerk — Privatisierung der Kommunalbetriebe — Für eine reaktionäre Ständekammer

Reichskanzler von Papen hat am Montag in Berlin vor der Obermeistertagung der Berlin-Brandenburger Handwerker eine große Rede gehalten, deren Zweck neben einer öffentlichen Antwort auf die neuesten Reden der verschiedenen Parteiführer, vor allem des Zentrumführers Kaas, besonders der war, die bekannt reaktionären Handwerkervereinigungen für die jetzige konterrevolutionäre Herrenklub-Diktatur einzuspannen. Die Rede ist deshalb von großer politischer Bedeutung, weil Papen zu seinem bisherigen stockreaktionären Programm hier eine Reihe weiterer konterrevolutionärer Maßnahmen auf wirtschaftlichem wie verfassungsrechtlichen Gebiet ankündigte.

Während auch diese Rede wie alle bisherigen Ministerreden und Maßnahmen des Papenkabinetts, den unverhüllten Zweck verfolgt, allen Schichten des Besitzes ausschließlich auf Kosten und gegen die Arbeiterklasse materielle und politische Vorteile zuzuschanzenn, ist es bezeichnend, daß Papen in bezug auf die Gewerkschaften gleich in der Einleitung seiner Rede folgendes erklärte:

„Ich begrüße es, wenn auf der kürzlich hier in Berlin stattgefundenen öffentlichen Tagung des Allgem. Dtsch. Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes Herr Abg. Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur ein passives Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit (!!) in Aussicht gestellt wird."

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder! Versteht ihr, was das bedeutet? Nichts anderes, als daß der reaktionärste und arbeiterfeindlichste Reichskanzler, den das Reich seit vielen Jahrzehnten hatte, leider nicht mit Unrecht, annehmen kann, daß die reformistische Gewerkschaftsführung drauf und dran ist, bei der Durchführung des ganzen reaktionären Restaurierungsprogramms besonders auf wirtschaftlichem Gebiet aktiv mitzuarbeiten, zum mindesten aber bereit ist, keinen Kampf dagegen zu führen und ruhig abzuwarten, „ihm eine Chance zu geben", ob es sich vielleicht doch am Ende als ganz tauglich erweise. Das, obwohl jede Maßnahme dieser Regierung nur Unheil, neue materielle und politische Unterdrückung bedeutet.

Für jeden klassenbewußten Gewerkschafter müßte diese Bemerkung des arbeiterfeindlichen Papen die schwerste Beleidigung darstellen. Für die Leipart, Tarnow u. Gen. trifft das leider nicht zu. Im Gegenteil. Papen hat ein Recht, so zu sprechen, denn die Rede Tarnows und die ganze Stellungnahme der letzten ADGB-Ausschußtagung war nichts anderes als die beabsichtigte Einschwenkung der Gewerkschaftsführung auf den Boden der von der Papenregierung geschaffenen Tatsachen.

Die „Chance geben" und die Erklärung der ADGB-Führung, sich bei den Wirtschaftskämpfen streng „im Rahmen des Rechts" zu halten, heißt nichts anderes, als die weiteren Lohn- und Unterstützungsabbau-Maßnahmen der Regierung und ihrer Schlichter kampflos hinzunehmen, ja, wie die neueste Tendenz zeigt, Streiks durch „gütliche Vereinbarungen" zu verhindern. Mit der von Leipart groß angekündigten Politik des „neuen Wegs" ist es also nichts.

Die Arbeitermassen, besonders die Gewerkschaftsmitglieder, müssen gegen diese hier eingeleitete Politik, die eine verschlimmerte Fortsetzung der Tolerierungspolitik ist, mit aller Leidenschaft ankämpfen und eine Kursänderung im Sinne des rücksichtslosen Klassenkampfes erzwingen. Nach wie vor gilt die Losung: Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau ohne Rücksicht auf Schlichter und Regierung!

Auslieferung der Kommunalbetriebe an das Privatkapital

Um den Handwerkern nach dieser Aussicht auf die „zahme" Stellung der Gewerkschaften auch etwas Reales zu bieten, erklärte Papen neben einer Verherrlichung seiner bekannten, bisherigen Wirtschaftsmaßnahmen u. a. folgendes:

„In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen mitteilen, daß die Reichsregierung zur Zeit eine Verordnung vorbereitet, die die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand einer periodischen Prüfung unabhängiger (!!) Stellen unterwirft und eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zum Ziele hat. Grundsätzlich steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand sich auf die Betriebe und Produktionszweige beschränken soll, deren Bedeutung für das Volksganze so groß und deren Struktur so einfach ist, daß sie zentral bewirtschaftet werden können."

Was das in der Praxis bedeutet, ist klar und bedarf keiner weiteren Erklärung. Die Regierung hat aber auch bar Geld übrig. Neue Millionen-Reichszuschüsse in Höhe von zusammen 140 Millionen Mark sollen speziell für das Handwerk zur Verfügung gestellt werden, und zwar:

50 Millionen Mark an die Bank für Deutsche Industrieobligationen.

65 Millionen Mark Reichsbürgschaft für Kreditinstitute des Mittelstandes.

25 Millionen Mark und noch mehr in der Zukunft für gewerbliche Kreditgenossenschaften zur Deckung der Krisenverluste.

Großzügig ist Herr von Papen! Doch alle die Milliarden, die er so freigebig spendiert, werden den Arbeitermassen in Form von Lohn- und Unterstützungsabbau bzw. ungeheuerlichen Steuern und Sozialbeiträgen abgezwackt.

Ersetzung des Reichstages durch eine Ständekammer

Papen erklärte:

„Es ist ein beliebtes Schlagwort im Wahlkampf geworden, die Regierung wolle die Rechte des Volkes antasten. Wir denken nicht daran, das zu tun! (!!) Wir sind im Gegenteil der Ueberzeugung, daß über nebensächlichen (!!) Dingen, über Parteigezänk und Machtfragen die eigentlichen Rechte des Volkes vergessen worden sind . . .

Das Volk muß befähigt werden, seinen Willen nicht nur durch den Reichstag, sondern auch durch seine anderen Vertretungen geltend zu machen; zu ihnen gehören die Berufsvertretungen, die von ihm selbst geschaffenen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung . . . Sie gehören deshalb zu den Trägern des neuen Volksstaates.

Und wenn wir heute nach Mitteln suchen, die verantwortliche Mitarbeit des Volkes neu und schöpferisch zu gestalten, dann wird eines von ihnen die Heranziehung der berufsständischen Gemeinschaften zur Mitarbeit sein müssen."

Das bedeutet nichts anderes, als daß an Stelle des durch allgemeines Wahlrecht gewählten Parlaments, oder doch ihm übergeordnet, die stockreaktionäre, im vormärzlichen Polizeistaat übliche Ständekammer treten soll.

Dagegen kann es seitens der Arbeiterschaft nur allerschärfsten Kampf mit allen Mitteln geben.

SAP Liste 18!

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat für die Reichstagswahl am 6. November die Liste 18 erhalten.

SAP und Reichstagswahlen!

J. Walcher

Unsere Genossen in der großen Mehrheit aller Bezirke, und dementsprechend im Parteivorstand, haben sich für die Aufstellung eigener Listen und auch für eine eigene Reichsliste entschieden. Worauf ist diese Entscheidung der großen Mehrheit der Partei zurückzuführen? Die Antwort läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen. Unsere Genossen haben sich in großer Mehrheit für eigene Listen, und diesmal auch — im Gegensatz zu früher — für eine Reichsliste entschieden:

erstens, weil besonders der 20. Juli die katastrophale Aktionsunfähigkeit der KPD und somit die Verderblichkeit ihrer Politik enthüllt hat, und zweitens, weil sich nach dem 31. Juli gezeigt hat, daß jeder Stimmengewinn von der KPD-Führung und der Führung der Komintern zur Rechtfertigung ihrer falschen Politik benützt wird, und sich damit nur zum Schaden der revolutionären Arbeiterbewegung auswirkt.

Die Begründung dieser beiden Sätze soll in folgendem gegeben werden.

Die Schuld der KPD-Führung

Unlängst hat Kurt Hiller in der „Weltbühne" die Entwicklung der kommunistischen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stimmen und Mandate, die als Resultat der drei Reichstagswahlen von 1928 und 1932 vorliegen, miteinander in Vergleich gestellt. Er kam dabei zu folgenden Feststellungen:

„In 4 Jahren schwerster sich kontinuierlich verschärfender Wirtschaftskrise und ständig gesteigerter Brutalisierung der Armut hat sich die Anhängerschaft der KPD um knapp zwei Drittel vermehrt. Während die der NSDAP sich, sage und schreibe, versiebenzehnfacht hat. Weniger als 70 % Zuwachs gegen 1700 % Zuwachs! Die Gefolgschaft der Sozialdemokratie ist im gleichen Zeitraum auf etwa 85 % zusammengesackt."

Diese Tatsachen, von denen Kurt Hiller zu Unrecht annimmt, daß sie auch nur das Geringste gegen den Marxismus beweisen, verdienen eingehender betrachtet zu werden. Nimmt man die Stimmen von KPD und SPD zusammen und stellt sie in Vergleich zu den Nazistimmen, so ergibt sich folgendes Bild:

	KPD und SPD	Nazi
1928	40,9 %	2,9 %
1930	38,5 %	18,4 %
1932 (April)	35,4 %	36,9 %
1932 (Juli)	36,1 %	37,6 %

Auch wenn man Wahlziffern gebührend einschätzt und in Betracht zieht, daß die Nazis inzwischen in eine rückläufige Bewegung gedrängt worden sind (was aber nicht auf einen wirksamen Gegenstoß der Arbeiterklasse, sondern auf Maßnahmen der Kreise um Papen, Schleicher zurückzuführen ist), kann man vom Standpunkt der Arbeiterklasse dieses Stimmenverhältnis nicht anders als katastrophal bezeichnen. In die Zeit von 1928 bis 1932 fällt die schwerste Krise, die jemals die kapitalistische Welt erschütterte, fallen die schwersten Schläge, die jemals in solcher Härte und in so rascher Folge der Arbeiterschaft verabreicht wurden. Noch niemals ist die Tatsache, daß die Existenz des Kapitalismus mit den Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung unvereinbar geworden ist, so deutlich zutage getreten, wie in den letzten Jahren, und ausgerechnet in dieser Zeit konnten die Nazis, diese Todfeinde des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, einen beispiellosen Aufschwung

„Marxistische Front" eine beträchtliche Schwäche erlitten hat.

Wie ist eine solche Entwicklung möglich geworden?

Bei der SPD ist die rückläufige Bewegung nicht verwunderlich. Ganz im Gegenteil! Leo Trotzki sagt in seiner neuen Broschüre mit Recht, daß sich die Führer der SPD in klaren Momenten selbst fragen, kraftwelchen Wunders diese Partei nach allem, was sie angerichtet hat, noch immer viele Millionen Arbeiter hinter sich hat. Und in der Tat! Die SPD hätte nach ihrer klassenverräterischen Politik auf Grund des Schwindels der objektiven Grundlage des Reformismus längst verfallen und zusammenschmelzen müssen. Wenn die SPD bei der letzten Wahl noch immer 2½ Millionen Stimmen mehr bekommen hat als die KPD, wenn diese Partei noch immer in den proletarischen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, ausschlaggebenden Einfluß besitzt, so nur dank den Fehlern der KPD-Führung

„Bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei hätte der Kommunismus die Sozialdemokratie längst aufreiben müssen. Der Faschismus aber hätte überhaupt nicht auf die Beine kommen dürfen."

Diese sehr richtige Feststellung stammt von der Führung der KPO. Von der gleichen Seite wird auch die Frage, warum es der KPD trotz des ungeheuren Schuldkontos nicht gelungen sei, die SPD entscheidend zu schlagen, und den Aufschwung des Faschismus zu verhindern, wie folgt beantwortet:

„Schuld daran, daß es der Kommunistischen Partei nicht gelang, die Sozialdemokratie entscheidend zu schlagen, ist der ultralinke Kurs. Schuld daran ist die Ablehnung einer wirklichen Taktik der Einheitsfront. Schuld daran ist das Fehlen eines Aktionsprogramms von Tagesforderungen und Uebergangslosungen, eines konkreten Kampfprogramms gegen den Kapitalsangriff **und den Faschismus. Schuld daran ist die ultralinke Gewerkschaftspolitik und ihre** Folge, der Verlust fast aller kommunistischen Stellungen in den Gewerkschaften. **Schuld daran ist die entsprechende Politik** der Partei in den anderen proletarischen Massenorganisationen. Schuld daran ist endlich das Programm des „spießbürgerlichen Nationalismus", das auf klassenbewußte Arbeiter abschreckend wirken mußte."

Was besagen diese Feststellungen? Nicht mehr und nicht weniger als dies:

Die Führung der KPD hat mit ihrer ultralinken Politik die Konterrevolutionäre aller Richtungen derart gestärkt und die KPD selbst derart geschwächt, daß es ihr trotz größter Gunst der objektiven Lage nicht möglich ist, die Arbeiterschaft zu Kampf und Sieg zu führen.

11 Tage vor dem Wahlerfolg der KPD vom 31. Juli hatte alle Welt Gelegenheit, zu erkennen, wie es um den wirklichen Einfluß der KPD auf die Arbeiterklasse bestellt ist. Der 20. Juli hat ja nicht nur den Bankerott des Reformismus, sondern auch die völlige Aktionsunfähigkeit der KPD enthüllt. Die KPD hat an diesem Tage zum Generalstreik aufgerufen. Aber in Berlin, wo sie mit den Wahlzetteln an der Spitze steht, war es ihr nicht möglich, in einem einzigen Betrieb auch nur eine Protestaktion zustande zu bringen, vom Generalstreik ganz zu schweigen.

Nach dem 20. Juli schien es einen Augenblick, als ob ein Erwachen durch die Reihen der Mitglieder der KPD ging. Der Stimmengewinn vom 31. Juli hat jedoch der schuldigen KPD-Bürokratie Oberwasser verschafft und die ohnedies schwachen und beengten oppositionellen Teile der Mitgliedschaft zum Schweigen gebracht. Es ist leicht vorauszusehen, daß ein Wahlerfolg der KPD am 6. November dieselben Wirkungen haben wird. Die Führung der KPD und die der Komintern werden einen Stimmengewinn der KPD am 6. November als Beweis für die Richtigkeit ihrer teils ultralinken, teils opportunistischen Politik buchen.

Nichts ist aber falscher und gefährlicher als das.

Die KPD-Führung treibt heute dieselbe falsche Politik, die sie von September 1930 bis April 1932 getrieben hat. Diese Politik hat aber nicht nur zur Aktionsunfähigkeit der KPD, sondern auch dazu geführt, daß die KPD allein in Preußen in diesem Zeitraum 300 000 Stimmen verloren hat. Es ist leicht einzusehen, daß die Fehlerhaftigkeit einer Politik, die in einer Zeit, wo unzählige Faktoren zugunsten der KPD wirkten, wo die Arbeitslosigkeit von 2,7 auf 6 Millionen anstieg, wo die SPD die arbeiterfeindliche Brüning-Politik tolerierte, schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist.

Es versteht sich für jeden denkenden Menschen von selbst, daß der Stimmengewinn vom 31. Juli unmöglich auf das Konto einer Politik gesetzt werden kann, die sich am 24. April so überaus deutlich als völlig verfehlt erwiesen hat. Die KPD-Führung aber wird auch im November einen Stimmengewinn, an dem ihre Politik völlig unschuldig ist, der ihr beschieden wird, wie dem Blinden die Ohrfeige, zur Rechtfertigung des ultralinken Kurses benützen. Das wird zur Folge haben, daß die Aktionsunfähigkeit der KPD bleibt, und daß auch nach dem 6. November für Reformisten und Faschisten gute Zeiten sein werden.

Man muß es klar und deutlich aussprechen, so wie die Dinge heute liegen, wirkt sich jeder Stimmengewinn der KPD zugunsten des ultralinken Kurses und somit zum Schaden der revolutionären Bewegung aus.

Das ist der Grund, der es der SAP verwehrte, auf eigene Listen zu verzichten und die Parole für die KPD auszugeben. "

Eine Lektion Ferdinand Lassalles über Verfassungsfragen

Hauptsächlich gegeben für sozialdemokratische Arbeiter

R. W. Breslau ist die Vaterstadt Lassalles. Hier wurde er geboren, hier hat ihm die Arbeiterschaft nach seinem Tode ein besonders lebendiges Gedenken bewahrt. In unzähligen Veranstaltungen feierte sie den großen Vorkämpfer und sein historisches Verdienst, die Arbeiterklasse von der politischen Gefolgschaft der Bourgeoisie gelöst zu haben. Unzählige Leitartikel wurden namentlich in der „Volkswacht" verbrochen, um zu beweisen, daß die SPD in Lassalles Spuren wandle. Heute wollen wir die sozialdemokratischen Arbeiter nur auf die Tatsache stoßen, daß es in den Blättern, die sich sonst vor Lassalle-Kultus nur so biegen, z. B. die „Volkswacht" und der „Vorwärts" (den jetzt Paul Löbe redigiert) so merkwürdig still um Lassalle ist. Lassalle, dessen Politik während des Verfassungskonflikts des Preußischen Abgeordnetenhauses mit der Krone im Jahre 1862 sehr lehrreich und aktuell für die heutige Zeit ist, Lassalle ist geradezu ein toter Hund für die SPD und ihre Presse. Das hat natürlich seinen guten Grund. Ebensowenig wie die bürgerlichen Fortschrittler, in deren Reihen Lassalle damals noch stand, seine revolutionären Gedanken und seine auf wirklichen Kampf gerichtete Strategie ihren Anhängern unterbreiteten, sondern ihn entweder totschwiegen oder seine Gedanken verfälschten, ebensowenig vermag die SPD, heute, wo sie die juristische Flohknackerei vor dem Staatsgerichtshof als Verfassungskampf ausgibt und zu den von Lassalle so erbarmungslos verprügelten Verfassungsrettern selbst gehört, sich gerade in dieser Frage auf ihn zu berufen.

Lassalles Taktik ging zwar damals noch vom Boden einer bürgerlichen Politik aus, doch war sie geeignet, über diesen Boden hinauszuführen und die breiten Massen des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft in einen Kampf zu ziehen, dessen Resultate auch der Arbeiterschaft zugute gekommen wären. Lassalle verlangte als erstes: Das Aussprechen dessen, was ist, in diesem Falle,

daß die Verfassung durch die permanenten Verfassungsbrüche verloren sei,

und daß sie ebensowenig zu retten sei wie man einen Leichnam durch Galvanisierung neu beleben könne; als zweites, daß der Landtag sich von sich aus vertage und jedes Zusammentreten ablehne, solange die Verausgabung unbewilligter Mittel andauere. Das bedeutete den

Kampf um das Budgetrecht so lange, bis der Regierung finanziell der Atem ausgehen würde.

Um den Vergleich von Lassalles Politik in diesem Verfassungskonflikt mit der von Wels und Breitscheid richtig zu ziehen, muß man im Auge haben, daß damals noch keine politisch selbständige Arbeiterpartei bestand, daß keine Situation der wirtschaftlichen und politischen Weltkrise, war, sondern eine Situation des mächtigen wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs der Bourgeoisie. Der Abstieg der heutigen Sozialdemokratie auf, ja selbst unter das Niveau des bürgerlichen Liberalismus der sechziger Jahre wird dann unverkennbar.

Zur Vorgeschichte der Lassalle-Reden noch kurz dies: Die Regierung Wilhelms I. forderte im Jahre 1861 die Mittel für eine Heeresreorganisation; das Abgeordnetenhaus lehnte sie ab; die Regierung begann aber dennoch seelenruhig mit der Durchführung, indem sie die Mittel aus anderen Etatsposten und Krediten verwendete. Ende 1861 lief die Legislaturperiode des Landtags ab. Die neuen Wahlen brachten den Fortschrittlern, als der Partei der bürgerlichen Opposition, eine große Verstärkung. Ein Antrag von ihnen, von der Regierung eine genaue Rechnungslegung ihrer Ausgaben zu verlangen, wurde im März 1862 mit großer Mehrheit angenommen. Darauf schickte Wilhelm die Herren Volksvertreter einfach nach Hause. Während dieses Wahlkampfes hielt Lassalle die Rede über Verfassungswesen in einer Berliner Bezirksvereinsversammlung der Fortschrittler am 16. April 1862. — Aus diesen Wahlen gingen die Fortschrittler abermals gestärkt hervor. Es fand ein monatelanger Kuhhandel statt, um mit der Regierung und dem Landtag das Einvernehmen wiederherzustellen. Er scheiterte schließlich an der Hartnäckigkeit der Regierung, die sich von ihrer Heeresreorganisation nichts abhandeln lassen wollte. Im September 1862 lehnte der Landtag daraufhin wieder die Mittel für die Heeresreorganisation mit 308 gegen 11 (!!) Stimmen ab. Darauf traten die Minister zurück (damals noch!), und Wilhelm berief Bismarck zum Ministerpräsidenten als den berufenen starken Mann. Der genierte sich dann auch nicht im geringsten, ohne parlamentarische Budgetbewilligung die Geschäfte der Krone zu führen. Im Oktober 1862 schickte er den Landtag wieder nach Hause und

regierte dann vier Jahre „ohne verfassungsrechtliche Grundlage".

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" meint er dazu: „Die Allerhöchste Unterschrift deckt doch schließlich alles; wie sie erreicht worden ist, erfährt kein Mensch". Im Jahre 1866, nach den zwei erfolgreichen Kriegen, holte sich dann Bismarck die Absolution des Bürgertums und erhielt sie auch! Man sieht,

die Papen-Politik hat schon ihre Vorbilder . . .

Indes die fortschrittlichen Helden nach Auflösung des Landtages durch Bismarck rat- und tatlos schwätzten und gegen Bismarck mit juristischen Argumenten, daß er die Verfassungsrechte verletzt habe, die Luft erschütterten, zeigte Lassalle in seinem Vortrag „Was nun?", wie sehr die Ereignisse seine Verfassungstheorie, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, bestätigt haben, und daß es jetzt gälte, daraus auch die richtigen Kampfmittel abzuleiten.

Hören wir nun Lassalle selbst:

Am 16. April 1862:

„Jeder Mensch, meine Herren, spricht heutzutage von früh bis abends über Verfassung. In allen Zeitungen, in allen Gesellschaften, in allen Wirtshäusern ist unablässig von Verfassung die Rede . . .

Und doch, wenn ich diese Frage ernstlich stelle: was ist das Wesen, der Begriff einer Verfassung, so fürchte ich, daß von allen diesen so Sprechenden sehr wenige imstande sein dürften, eine befriedigende Antwort zu erteilen."

Lassalle zerpflückte dann die verschiedenen landläufigen Antworten, greift die, daß die Verfassung das Grundgesetz eines Staates sei, heraus, erläutert, was ein Grundgesetz von den allgemeinen Gesetzen unterscheidet, und fragt dann, ob es Faktoren gibt, die das Grundgesetz zu der tätigen Kraft machen, die alle anderen Gesetze und rechtlichen Einrichtungen eines Landes eben zu dem macht, was sie sind, und er antwortet:

„Ei freilich, meine Herren, gibt es so etwas, und dies Etwas ist nichts anderes als — die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer gegebenen Gesellschaft bestehen . . .

Ein König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, — das ist ein Stück Verfassung. Ein Adel, der Einfluß bei Hof und König hat, das ist ein Stück Verfassung . . .

Die Herren Borsig und Egels, die großen Industriellen überhaupt — die sind ein Stück der Verfassung . . .

Die Bankiers Mendelsohn, Schickler, die Börse überhaupt — das ist ein Stück Verfassung . . .

Ich setze nun den Fall, die Regierung entschlösse sich zwar, den Adel, die Bankiers, die großen Industriellen und großen Kapitalisten überhaupt zufriedenzustellen, dagegen aber dem Kleinbürger und Arbeiter seine politische Freiheit zu entziehen. Würde das denn gehen? Ei freilich, das geht eine Zeitlang, das hat sich ja schon gezeigt, daß das geht . . ."

Gemeint ist der Staatsstreich des Jahres 1849, durch den das allgemeine Wahlrecht den Massen wieder geraubt und das Dreiklassenwahlrecht oktroiert wurde.

„Jetzt setze ich aber den Fall so: man wolle dem Kleinbürger und Arbeiter nicht nur seine politische, sondern auch seine persönliche Freiheit entziehen, d. h., man wolle ihn für persönlich unfrei, für leibeigen oder hörig erklären, wie er dies im fernen, fernen Jahrhundert des Mittelalters in vielen Ländern in der Tat war. Würde das gehen? Nein, und wenn sich hierüber auch König, Adel und die ganze Bourgeoisie einten — das ginge doch nicht! Denn in diesem Fall würden Sie sagen:

Wir wollen uns lieber totschlagen lassen, ehe dies erdulden. Die Arbeiter würden, auch ohne daß Borsig und Egels ihre Fabriken schlössen, auf die Straßen eilen,

der ganze kleine Bürgerstand ihnen zu Hilfe, und da Ihr vereinter Widerstand sehr schwer zu besiegen sein möchte, so sehen Sie, daß in gewissen alleräußersten Fällen Sie alle ein Stück Verfassung sind . . .

Sie wissen, es gibt in unserer Stadt eine Partei, deren Organ die Volkszeitung (lies „Volkswacht" oder „Vorwärts") ist — eine Partei, sage ich, die sich dennoch mit fieberhafter Angst um diesen Fahnenstummel, um unsere durchlöcherte Verfassung, schert, eine Partei, die sich daher die „Verfassungstreuen" nennt und deren Feldgeschrei ist: „Laßt uns an der Verfassung halten, um Gottes willen die Verfassung, die Verfassung, Hilfe, Rettung, es brennt, es brennt!

So oft Sie, gleichviel wo und wann, sehen, daß eine Partei auftritt, welche zu ihrem Feldgeschrei den Angstruf macht, „sich um die Verfassung scharen" — was werden Sie hieraus schließen können? Ich frage Sie lediglich als denkende Menschen: was werden Sie aus dieser Erscheinung schließen müssen?

Nun, Sie werden sich, ohne Propheten zu sein, in einem solchen Falle immer mit größter Sicherheit sagen können:

Diese Verfassung liegt in ihren letzten Zügen; sie ist schon so gut wie tot,

einige Jahre (in seiner nächsten Rede berichtigte Lassalle diese Stelle ausdrücklich auf einige Monate, d. Red.) noch, und sie existiert nicht mehr.

Die Gründe sind einfach. Wenn eine geschriebene Verfassung den tatsächlichen im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht, da wird dieser Schrei nie ausgestoßen werden. Einer solchen Verfassung bleibt jeder von selbst drei Schritte vom Leibe und hütet sich, ihr nahezutreten. Mit einer solchen Verfassung fällt es keinem Menschen ein, anzubinden; er würde anderenfalls sehr schlecht wegkommen. Wo die geschriebene Verfassung den realen Machtverhältnissen entspricht, da wird die Erscheinung gar nicht vorkommen können, daß eine Partei ihren besonderen Feldruf aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Wo dieser Ruf ausgestoßen wird, ist dies ein sicheres und untrügliches Zeichen, daß er ein Angstruf ist; mit andern Worten: daß in der geschriebenen Verfassung immer noch etwas ist, was der wirklichen Verfassung, den tatsächlichen Machtverhältnissen, widerspricht. Und wo dieser Widerspruch einmal da ist,

da ist die geschriebene Verfassung — kein Gott und kein Schreien kann hier helfen — immer unrettbar verloren!

Sie kann auf entgegengesetzte Weise abgeändert werden, nach rechts oder links hin. Der Ruf gerade, sie festzuhalten, beweist es für den klar denkenden Menschen. Sie kann nach rechts hin abgeändert werden, indem die Regierung diese Aenderung vornimmt, um die geschriebene Verfassung in Uebereinstimmung mit den tatsächlichen Machtverhältnissen der organisierten Macht der Gesellschaft zu setzen.

Oder aber es tritt die unorganisierte Macht der Gesellschaft auf und beweist von neuem, daß sie größer ist als die organisierte.

In diesem Fall wird die Verfassung wieder eben so weit nach links hin abgeändert und aufgehoben, wie vorhin nach rechts. Aber verloren ist sie in jedem Falle . . ."

Und am 4. November 1862: Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.

Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Jahrelang haben in der letzten Zeit . . . Führer der Volkspartei (bis SPD) in der Presse ein System befolgt, welches gerade in nichts anderem bestand, als in dem Aussprechen dessen, was nicht ist. Sie gingen von der Ansicht aus, man müsse vertuschen, verheimlichen und bemänteln; man müsse — meinten sie — der Regierung solange einreden, daß sie eine konstitutionelle sei, bis sie wirklich selbst daran glaube! Sie wollten also die Regierung umlügen. (Brüning-Tolerierung.)

Aber alle reellen Erfolge im Leben wie in der Geschichte lassen sich nur erzielen durch reelles Umarbeiten und Umackern, nie durch Umlügen!

Diese Geistesärmsten sahen nicht, daß sie, ohne es zu wollen, Regierungsmenschen geworden waren, in bezug auf ihre Mittel sowohl, wie in bezug auf die Wirkung derselben . . . Diese Geistesärmsten sahen nicht, daß sie, um der Regierung in ihren Blättern vorzulügen, daß sie konstitutionell sei, dieselbe Lüge täglich dem Volke vorpredigen und ihr so endlich bei ihm wirklichen Eingang verschaffen mußten. Diese Geistesärmsten sahen nicht, daß sie ferner

die Regierung durch diese Lügen nur ermutigten,

fast selber staunend über den Kredit und den Nimbus, den man ihr bereitete, über die Aureole einer „neuen Aera", die man ihr aufs Haupt drückte, Schritt für Schritt auf der ihr so leicht gemachten Bahn des Scheinkonstitutionalismus weiterzugehen. Diese Geistesärmsten sind es, welche

einen sehr großen Teil der Verantwortung dafür tragen, daß die Dinge so kamen, wie sie gekommen sind . . ."

Erkennt Ihr, sozialdemokratische Genossen, nun deutlich das Verfehlte der Politik Eurer Führer, die alle reale Macht 1918 in die Hände Eurer Klassenfeinde zurückgegeben oder dort belassen haben: die Kanonen, die industriellen Werke, den Großgrundbesitz, die Banken, erkennt Ihr, daß das Verfassungswerk von Weimar so ausgehen mußte, wie es jetzt ausgeht? Erkennt Ihr, daß die ganze Verfassungsretterei, die Eure Führer als die wichtigste Aufgabe jetzt betreiben, eine verräterische Politik ist, die Euch aufs schwerste trifft? Erkennt Ihr, daß Lassalles Politik auf unsere Zeit angewandt, verlangt, daß sich alle Arbeitenden zusammenschließen, um die Verfassung „nach links abzuändern" — wie es vor 15 Jahren unter Lenins und Trotzkis Führung das russische Arbeitervolk tat?!

Ein Nazi-Abgeordneter muß gefesselt werden

Und wird schließlich doch freigelassen!

Limburg a. Lahn, 23. Oktober.

CNB. Nach einem Bericht des hier erscheinenden Nassauer Boten kam in der Nacht zum Sonntag der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Palm mit drei anderen Nationalsozialisten hier in ein Lokal, nachdem der Wirt bereits Polizeistunde angesagt hatte. Die vier Nationalsozialisten drangen auf den Wirt und seine Frau ein, und einer von ihnen gab Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab. Als der Wirt die Polizei herbeirufen wollte, hielt ihn der Landtagsabgeordnete Palm an der Brust fest, während die anderen auf ihn einschlugen, sodaß er zusammenbrach.

Die Polizei nahm die vier Nationalsozialisten fest. Auf der Wache benahmen sie sich so ungehörig, daß sie in eine Zelle gesperrt werden mußten. Schließlich sah sich die Polizei genötigt, den Abg. Palm zu fesseln. Ihm wurde seine Pistole und der Waffenschein (Den er natürlich besaß! Die Red.) abgenommen. Heute früh übergab die Polizei die vier Nationalsozialisten dem Amtsgericht, das sie unter Zurückbehaltung ihres Kraftwagens als Kaution aus der Haft entließ.

„Von Beruf SA“

Vor dem Breslauer Sondergericht fand gestern die Fortsetzung des vor einer Woche abgebrochenen Prozesses gegen die drei SA-Leute statt, die im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf den kommunistischen Genossen Obst am 11. August d. J. angeklagt waren. Wie erwartet, befand sich unter den Angeklagten auch der SA-Mann Kühnel, der mit zwei der gestern auftretenden SA-Zeugen unter dem dringenden Verdacht steht, das Attentat auf unseren Genossen Eckstein verübt zu haben. Der mitangeklagte SA-Mann Scholz, der in der Verhandlung der vorigen Woche sehr belastende Aussagen über den Hauptangeklagten Kühnel gemacht hatte, hielt diese auch in der gestrigen Verhandlung bei der Gegenüberstellung mit den SA-Zeugen und ehemaligen SA-Kameraden aufrecht. Die SA-Zeugen versuchten nach alter und bewährter Weise den ehemaligen und auf Grund seiner belastenden Angaben aus der SA ausgeschlossenen Angeklagten Scholz als Spitzel und vertrauensunwürdigen Gesellen hinzustellen und damit seine Aussagen zu entkräften. Scholz soll geäußert haben: „Ich werde euch alle hereinbringen.“ Auf diese Vorwürfe erhebt sich jedoch Scholz und versichert mit Bestimmtheit, daß es ihm nicht nur mit seiner Mitgliedschaft bei der SA völlig Ernst gewesen sei, sondern daß er auch bei der NSDAP ein solches Vertrauen genossen habe, daß man ihm bereitwilligst ein „Mündel“ zur Bezahlung seiner Mitgliedsbeiträge stellte, als ihm seine wirtschaftliche Notlage die Mitgliedschaft in dieser Partei unmöglich zu machen schien.

Die Soldtruppe des Kapitals

Im übrigen ergibt der Prozeß keine wesentlich neuen Momente zur Belastung des Hauptangeklagten Kühnel, dafür aber ein um so deutlicheres Bild von der SA. Die meisten im Alter von 16 bis 26 Jahren, treten die SA-Zeugen mit hörbarem Zusammenschlagen ihrer Stiefelabsätze vor das Gericht, um immer dieselbe einförmige und nichtssagende Aussage zu geben, sie hatten nichts gehört, nichts gesehen und nichts gewußt. Ihre Antworten beschränken sich auf ein kurzes „Nein“, auf ein militärisches „Jawohl“, wobei sie die Hände stramm an die Hosennaht legen und ihren uniformierten Körper in eine straffere Haltung bringen. Ihre Aussagen verraten trotz ihrer sachlichen Bedeutungslosigkeit einiges Interessante aus dem Leben dieser im vordersten Schützengraben der Industriefront liegenden Söldnertruppe. Sturmappell, Patrouille, Dienstweg, dienstliche Meldung, Absperrungen der Zufuhrstraßen sind die ständig wiederkehrenden Ausdrücke in ihren Angaben, und man glaubt es ihnen, daß sie dieses militärische Vokabular aus der Praxis gründlich beherrschen, daß sich ihr geistiger Horizont niemals über die Schlagworte Disziplin, Pflichttreue, Kameradschaft, Frontgeist erhoben hat. Auf die Frage nach ihrem Beruf geben sie sämtlich den Bescheid: „Von Beruf SA-Mann“, um erst nachher, auf die Frage, was sie denn gelernt hätten, näheres zu verraten. Und da zeigt sich schon das für die Zusammensetzung der SA typische Bild. Der eine ist Bautechniker, der andere Feinmechaniker, der dritte noch auf der Schulbank, der vierte Landwirt und einige weitere haben den Kaufmannsberuf erlernt. Es sind kleine Leute, Lehrlinge, abgebaute Angestellte, die sich vor der Leere ihrer Existenz, vor dem Ungewissen überhaupt auf den letzten festen Punkt, auf eine Erinnerung, einen Glauben, einen Rock, eine Ordensspange geflüchtet haben, Menschen, die nicht einmal klar sagen können, wofür sie kämpfen, Geführte im wahrsten Sinne des Wortes, die nur stillzustehen, die Schnauze zu halten und zu parieren haben, nichts mehr. Von dem jungen Taugenichts und Sekundaner Glatzel bis zu dem skrupellosen Sturmführer Krössin, einen Menschen, dem man alles zutrauen darf, und einigen, denen man den Glauben an eine nebelhafte Zukunft, an eine unklare Idee auf dem Gesicht geschrieben stehen sieht, sind sie alle vertreten, die als Soldtruppe des Trustkapitals heute gebraucht werden und sich gebrauchen lassen.

Der Prozeßverlauf

In dem Prozeß selbst erregt die Aussage des Sturmführers Krössin Aufsehen, der erklärt, Kühnel konne gar nicht der Täter sein, der den Nebenkläger Obst überfiel, „aus dem einfachen Grunde, weil es ein anderer war.“ Auf die Frage nach dem unbekannten Täter verweigert Sturmführer Krössin die Antwort mit der Berufung auf den Paragraphen, nach dem er Verwandte und Verschwägerte nicht zu nennen braucht. Wir können in den überraschenden Angaben des Zeugen Krossin mit Sicherheit ein geschicktes Manöver erblicken, das Gericht von dem mutmaßlichen Täter Kühnel abzulenken. Das Gericht glaubte hierin dem Zeugen selber nicht, hielt es aber nicht für einwandfrei erwiesen, daß Kühnel an der Mißhandlung des kommunistischen Genossen Obst beteiligt gewesen sei. Während der Staatsanwalt wegen schwerer Körperverletzung aus politischen Gründen eine Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus für Kühnel beantragte, sprach ihn das Gericht insofern frei. Es verurteilte jedoch sämtliche drei Angeklagte wegen Nichtanmeldung von Waffen zu je drei Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl gegen Kühnel wurde aufgehoben.

Der Prozeß, der so manches aus den Tagen des Attentats auf unseren Genossen Eckstein und auch die der Tat dringend Verdächtigen auf die Zeugen- und Anklagebank gebracht hat, hat damit seinen Abschluß gefunden. Bedenkt man die Bestimmtheit, mit der der gewesene SA-Mann Scholz seinen früheren Kameraden belastete, und ferner die Tatsache, daß Kühnel sofort nach dem obigen Vorfall nach einer SA-„Sportschule“ abkommandiert wurde und erst steckbrieflich gesucht werden mußte, so möchte man dem Gericht nur eine ähnlich milde Behandlungsweise gegenüber den Angehörigen der Arbeiterparteien empfehlen. E. K.

Brieger Wochenschau

(Sonderbericht der SAZ).

Der Beginn der Kampagne in den beiden hiesigen Zuckerfabriken, auf die so viele Ausgesteuerte ihre letzte Jahreshoffnung setzen, hat viel Enttäuschung gebracht. Die Zahl der Einstellungen ist gegenüber dem Vorjahr sehr zurückgeblieben und der Lohn ist geringer geworden. Bei der alten Zuckersiederei ist es überhaupt ein Wunder, daß sie in diesem Herbst ihre Vierwochenproduktion wieder aufnimmt. Im Aufsichtsrat bestand keine Geneigtheit dazu, weil eine Reihe von Gesellschaftern lieber ihre Rüben nach der Fabrik in Strehlen abgeben wollen, um höhere Preise zu erzielen. Ob die enormen Summen, die noch in den letzten Jahren zum Ausbau der Brieger Fabrik aufgewendet wurden, brach liegen, danach frägt niemand. Das nennt sich „Wirtschaft“. Wie jetzt so üblich, war auch bei dieser Fabrik die äußere politische Einstellung des um Arbeit fragenden Proleten maßgeblich für seine Annahme.

Achtung! Kolporteure!

Freitag, den 28. Oktober, kommt die Sondernummer „1 Jahr ‚SAZ‘, der Arbeiter und seine Zeitung“, zum Versand! — Bestellungen umgehend erbeten! „SAZ“-Geschäftsleitung.

Wer nicht dem Stahlhelm angehört, kommt nicht in Frage. Die Arbeiter der Firma, die zur Erhaltung des Wohlwollens bei ihrem Direktor aus diesem Grunde auch der Gewerkschaft den Rücken kehrten, müssen nun erleben, daß sie jeder Lohnkürzung, vor kurzem erst wieder von 43 auf 38 Pfg. Stundenlohn, schutzlos preisgegeben sind.

Der Baufirma Richter scheint die Erlangung von Steuergutscheinen ins Auge gestochen zu haben. Sie hat nichts eiligeres zu tun, als die „Papensche Belebungsnotverordnung“ auf ihren Betrieb anzuwenden. Die Maurer ließen sich aber die Lohnkürzungen nicht gefallen und traten in den Streik. Nun hat die Firma gegen den Vertreter des Baugewerksbundes eine einstweilige Verfügung erwirkt, in der 1. der Vertreter des Baugewerksbundes die Aufforderung zum Streik zu unterlassen hat, 2. er hat darauf hinzuwirken, daß die Arbeitsverträge der Arbeiter der Firma Richter zu den auf Grund der Notverordnung vom 5. 9. 32 gekürzten Löhne durchgeführt werden, 3. für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird dem Vertreter des DBB eine Geldstrafe bis zu 500 Mark angedroht. Natürlich blieben wieder einige Arbeiter auf der Strecke. Allmählich lernen aber die Proleten, daß die kleinen Teilkämpfe auf die Dauer keine Erfolge mehr zeitigen können.

Wie „einig“ die Harzburger Front in diesem Wahlkampf steht, dafür gab eine in der Mitte der Woche abgehaltene Wählerversammlung der Deutschnationalen ein Beispiel. Der größte Teil des Saales war von den Nazis besetzt, die am liebsten die Versammlung zum Auffliegen bringen wollten. Die stark vertretene Polizei mußte wiederholt eingreifen. Am Schluß versuchten beide Parteien, sich gegenseitig mit dem Deutschland- und Horst-Wessellied zu überschreien.

Eine Ueberraschung zur Wahl, die die Gefühle manches begeisterten Verehrers einer bürgerlichen Diktatur merklich dämpfen wird, ist die Nachricht, daß auch für Brieg eine Erhöhung der Bürgersteuer von 300 auf 500 Prozent bestimmt zu erwarten ist. Das Reich verlangt erst eine restlose Ausschöpfung der Steuerkraft der Bürger, ehe es Reichszuschüsse zur Linderung der Wohlfahrtslasten der Stadt gewährt. Die Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer nächsten Sitzung die Ablehnung dieser Maßnahme sicher einstimmig beschließen. Damit glaubt mancher seine Pflicht getan zu haben, aber zur Aenderung des Systems ist nichts getan.

Neugierig wird wohl jeder sein, welchen Erfolg der jetzt herausgekommene Aufruf der Stadt zur Winterhilfe zeitigen wird. Wir sind in dieser Beziehung keine Optimisten, denn den letzten Rock wird der christliche Bürger mit dem notleidenden Proleten nicht teilen.

Auch bei uns „Not“schächte

Kumpel tödlich verunglückt

Waldenburg, 24. Oktober.

In der Nacht zum Sonntag verunglückte der frühere Bergmann Fritz Ulbrich aus Sophienau in einem sogenannten Notschacht tödlich. Ulbrich war mit dem ebenfalls aus Sophienau stammenden arbeitslosen Paul Kahlert in den alten Steinbruch bei Bad Charlottenbrunn gegangen, um aus einem dort zutage tretenden Kohlenflöz Kohlen zu schürfen. Dabei wurden beide von Gesteinsmassen verschüttet. Während Kahlert sich retten konnte, war Ulbrich so verschüttet, daß er nur als Leiche geborgen werden konnte.

An die SAP Bunzlau

Parteigenossinnen und Genossen!

Der Ruf der Parteileitung ist erklungen zum neuen Kampf. Der 6. November steht vor der Tür. Wir dürfen nicht müßig sein, wir wollen und müssen unsere Ideen noch weiter verpflanzen. — Helft und stellt Euch alle zur Verfügung. Sonntag beginnt der erste Auftakt mit der Zeitungswerbung. Unsere „SAZ“ muß einen größeren Kreis Leser erreichen, so wie es das „Kampfsignal“ besitzt. Schutzbund und SJV werden sich auch zur Verfügung stellen.

Unsere Jahresfeier ist in Vorbereitung, sie muß zu einer wuchtigen Kundgebung für den revolutionären Massenkampf herausdringen. Tag und Ort wird den Mitgliedern durch Rundschreiben noch bekannt gegeben.

Die Frauen treffen sich zu ihrem wöchentlichen Leseabend wieder am Donnerstagabend im SJV-Jugendheim. Bringt neue Genossen mit, werbt für Parteizuwachs

Schutzbund

Alle Genossen werden wieder durch Rundbrief zum technischen Uebungsabend eingeladen. Donnerstagabend voraussichtlich Ausfahrt.

Genossen und Genossinnen! Vergeßt unter aller Arbeit ja nicht den wöchentlichen Schulungsabend jeden Freitag im SJV-Jugendheim. Der Besuch ist zufriedenstellend, aber noch so viele Genossen stehen abseits. Vergeßt nicht, daß nur ausdauernde Schulung uns vorwärts bringt zum Endkampf. Zur Zeit ist als Thema „Das rote Gewerkschaftsbuch“ in Bearbeitung.

Wenn wir nach all den Kämpfen im verflossenen Jahr werden Rückblick halten, so können wir feststellen, daß wir gut Wurzel gefaßt haben. Ein guter, fester Stamm steht im Parteirahmen, aber noch viel mehr müssen wir uns durchsetzen, um den reformistischen Gedanken der Arbeiter abzulösen in revolutionären Massenkämpfen. P. Golick.

„Mehr Gebärfreudigkeit!“

Ueberall wird die Junglehrerschaft abgebaut, werden die Schulen zusammengelegt, überall ein scharfer Abbau an der Kulturfront, nur die Kirche baut auf, sie baut auf zur Ehre Gottes, zur Stärkung des Staates, zur Gewährung des Nachwuchses.

So hat sie in Breslau eine „Mutterschule“ feierlich eröffnet. Kirchliche und städtische Behörden in friedlicher Eintracht bei den Feierlichkeiten. Es wurde viel geredet.

Ueber den Zweck und die Ziele der Schule führte Frau Pfarrer Eitner aus: „Die Mütterschule wolle neben praktischer Ertüchtigung den Frauen und Mädchen den Mut und die Freudigkeit zur Mutterschaft und Familie stärken und auf Frauen- und Mütterfragen der Gegenwart vom Evangelium her Antwort erteilen.“

Vielleicht will auch die gute Frau Pfarrer Antwort darauf erteilen, wie Tausende und aber tausende Mütter ihren Säuglingen und Kindern das Notwendigste an Nahrung schaffen können. Wie man den Jugendlichen, wenn man sie mit Mühe und Not durch die Schule geschleppt hat, Arbeit schaffen will. Wir glauben, daß Frau Pfarrer uns hier auf Antwort warten lassen wird.

Notizen ohne Kommentar

Herr Dr. Bracht amtiert

Beuthen, 22. Oktober.

Reichskommissar Dr. Bracht hat an den Oberbürgermeister Dr. Knakrick-Beuthen folgendes Schreiben aus Anlaß des Einrückens von Beuthen in die Reihe der deutschen Großstädte gerichtet: „Hocherfreut über die Nachricht, daß die Einwohnerzahl der Stadt Beuthen die 100 000 überschritten hat, wünsche ich der regsamen neuen Großstadt weiterhin eine gedeihliche Entwicklung zum Nutzen und zur Freude ihrer Einwohner und damit zugleich zum Wohle des Preußischen Staates und des Reiches.“

Tabakmischkunst bringt Rauchergunst!

Hier liegt die Erklärung für die Treue von Millionen zu

JUNO,

die mit ihrer ungewöhnlich fein abgestimmten Mischung auch der strengsten Geschmackskritik standhält.

Wählerische Raucher verlangen erstklassige Cigaretten und keine Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien.

Leistungen allein schufen die große Juno-Gemeinde!

Notizen fern vom Schuß

Wie der „Vorwärts" von Siegen berichtet

Im „Vorwärts" finden wir folgende kleine Notiz über die Nölting-Versammlung in Breslau:

„In der Jahrhunderthalle in Breslau, die über 12 000 Menschen faßt, sprach unter stürmischem Beifall Genosse Nölting gegen die Politik des Herrenklubs."

Daß die Jahrhunderthalle zirka 12 000 Menschen faßt, wissen wir auch. Wir wissen aber darüber hinaus, daß in der Nölting-Versammlung nach polizeilicher Feststellung etwa 4500 Besucher waren.

Ei, ei! Die hiesige „Volkswacht" drückte sich bei der Feststellung der Besucherzahl sehr vorsichtig aus, der „Vorwärts", der fern vom Schuß ist, glaubt seinen Lesern wie obenstehend instruieren zu müssen. Man sieht, die SPD-Redakteure haben viel während ihrer Betätigung im Rahmen der bürgerlichen Staatspolitik gelernt.

Flucht aus dem „Wohlfahrtsstaat"

Breslau, 24. Oktober.

In der Nacht zum 22. Oktober hat sich die 66jährige Gastwirtin Erna K. in ihrer Wohnung in der Kaiser-Wilhelm-Straße mit Gas vergiftet. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlichen Sorgen zu suchen.

Aus Eifersucht erschossen

Oels, 24. Oktober.

In der vergangenen Nacht meldete der Schloßwächter auf der Polizei, daß in der Neuen Promenade an der Schloßkirche eine tote weibliche Person liege. Beamte der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft begaben sich sofort an den Tatort. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich bei der Toten um die 20jährige Gertrud Kluge aus Oels handelte, die durch Herzschuß getötet worden ist. Die Ermittlungen nach dem Täter wurden alsbald aufgenommen. Am Montag früh wurde ein Mann verhaftet, von dem man annimmt, daß er der Täter ist. Nach den Angaben des Festgenommenen soll sich das Mädchen jedoch selbst erschossen haben. Der Mann wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert, wo er einem Gefangenen gegenübergestellt werden soll, der aussagte, der Festgenommene hätte die Aeußerung getan, daß er das Mädchen erschießen würde, falls er es nicht bekäme.

Die Ermittlungen der Polizei haben inzwischen ergeben, daß ein Selbstmord nicht in Frage kommt. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um den 21jährigen Kutscher Mandelt aus Oels. Es liegt wahrscheinlich Mord aus Eifersucht vor.

Der Festgenommene behauptet nach wie vor, daß es sich um einen Selbstmord handele und die Waffe von einer anderen Person fortgenommen sein müsse.

Im Suff

mit einem Kraftwagen gegen Leuchtsäule

Breslau, 24. Oktober.

In total betrunkenem Zustande fuhr der Kraftwagenführer L. mit seinem Kraftwagen gegen die Leuchtsäule einer Straßenbahninsel am Königsplatz. Leuchtsäule und Personenkraftwagen wurden erheblich beschädigt. Dem hinzukommenden Polizeibeamten, der weitere strafbare Handlungen verhüten wollte, leistete der Führer starken Widerstand und griff ihn tätlich an. Erst mit Hilfe der hinzukommenden Beamten des Ueberfallkommandos konnte der Kraftwagenführer überwältigt und zur Ausnüchterung in das Polizeigefängnis eingeliefert werden.

An der Ecke Sadowa- und Gabitzstraße ereignete sich in der vergangenen Nacht ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und dem Motorradfahrer G. aus Groß-Zöllnig Kreis Oels. Hierbei wurde der Motorradfahrer zu Boden gerissen und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Der Führer des Personenwagens brachte den Schwerverletzten ins Krankenhaus. Das Motorrad wurde so stark beschädigt, daß es von der Polizei abgeschleppt werden mußte.

Brände ohne Ende

Glogau, 24. Oktober.

In Kotzemeuschel brach bei dem Landwirt Tschatka Feuer aus, dem eine Scheune mit Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen sowie die angrenzende Stallung zum Opfer fielen. Die Flammen griffen auch auf das Nachbargrundstück über, wo eine Scheune ebenfalls vollständig niederbrannte. Man vermutet Brandstiftung.

Glogau, 24 Oktober.

In der vergangenen Nacht brach in der Scheune des Gastwirts Jentsch in Jakobskirch Feuer aus. Ein zur Löschhilfe herbeigeeilter Nachbar, der in das Gasthaus gewaltsam eingedrungen war, als ihm auf Klopfen nicht geöffnet wurde, fand auf einem Tisch verschiedene Schreiben vor, in welchen Jentsch angibt, daß er freiwillig aus dem Leben scheiden wolle. Jentsch hat den Brand selbst angelegt und sich dann in der Scheune erhängt. Seine Leiche wurde angekohlt unter den Trümmern gefunden und von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Jentsch, der 35 Jahre alt und unverheiratet war, war stark verschuldet.

Goldberg, 24. Oktober.

In Hermsdorf brannte das Anwesen des Stellenbesitzers Schachler, bestehend aus strohgedecktem Wohnhaus, Stall und Scheune vollständig nieder. Außer dem Vieh konnte nichts gerettet werden. Drei Familien wurden von dem Feuer überrascht und konnten nur das nackte Leben retten. Der Brand ist in der Scheune ausgekommen. Seine Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Frankenstein, 21. Oktober.

Am Sonntagabend brach auf der Besitzung des Erbscholtiseibesitzers Krahl-Urban in Briesnitz Großfeuer aus, das zwei große dreitennige Scheunen und einen Schuppen vollständig in Asche legte. Die gesamte diesjährige Ernte wurde ein Raub der Flammen. Der Sachschaden wird mit 75 000 Mark angegeben. Es besteht der dringende Verdacht, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Staatsanwalt und Kriminalpolizei weilten bereits an der Brandstelle. Bereits im Jahre 1930 wurde auf demselben Gute eine Scheune durch Brandstiftung vernichtet, ohne daß es damals gelang, den Täter zu ermitteln.

Genossin

hast Du schon mit Deiner Nachbarin gesprochen, daß sie mit in unsere Versammlung kommen muß?

Genosse

hast Du schon mit Deinem Arbeitskollegen gesprochen, daß er in unserer Versammlung die Wahrheit über die Bedeutungslosigkeit des Parlaments hören wird?

Willst Du selbst wissen, wer Dir die 500% Bürgersteuer gebracht hat?

Mittwoch, den 26. Oktober, 19.30 Uhr im Schießwerder

Ein Opfer des Profits

Waldenburg, 24. Oktober.

In der 24. Abteilung des Juliusschachtes in Weißstein wurde der Hauer Hermann Hoffmann durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet. Erst nach längeren angestrengten Rettungsarbeiten konnte der Verunglückte geborgen werden. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Knappschaftslazarett eingeliefert.

Russische Auszeichnung für einen Breslauer Universitätsprofessor

Die Russische Geographische Gesellschaft in Leningrad hat den Inhaber des geographischen Lehrstuhls an der Breslauer Universität und Direktor des geographischen Seminars, Professor Dr. Max Friederichsen, wegen seiner wissenschaftlichen Bemühungen um die Landeskunde Rußlands zum korrespondierenden Mitgliede ernannt.

Verkauf von Backwaren von 6½ Uhr morgens ab

Breslau, 24. Oktober.

Auf Grund von § 9 Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. März 1919 — R.G.Bl. Seite 315 — wird das Offenhalten von Lebensmittelgeschäften im Ortspolizeibezirk Breslau zur Abgabe von Backwaren jeder Art von 6½ Uhr morgens ab zugelassen.

Diese Bekanntmachung des Polizeipräsidenten tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Abt. Gräbschen-Kleinburg. Heute abend bei Nickel, Opitzstr. 78, Frauenversammlung. Ref.: Rasch.

Stadtteil Nord. Distriktsführer und Frauenleiterinnen heute abend bei Klenner, Kreutzstr. 44, wichtige Sitzung.

PKG. Kartenvertriebsleute haben sofort die Karten von der Morgenfeier im Sekretariat abzurechnen. Mittwoch, 18.30 Uhr, Sitzung des Arbeitsausschusses und der Vertriebsleute im Schießwerder.

Bühne von links gesehen

Schauspielhaus: Der fidele Bauer

Nach der Czardasfürstin hat man in diesem Hause der Operette, Leo Falls Operette aus der Zeit unserer Väter ausgegraben. Sicher nicht zum Nachteil. Mag das Thema etwas verstaubt sein, die Liebe und die Sorgfalt, mit der man die Aufführung herausbrachte, sichert ihr einen längeren Erfolg. Zwar steht nicht das große Orchester des Stadttheaters und die Pracht der Ausstattung den neuen Herren des Schauspielhauses zur Verfügung. Alles das wurde aber wettgemacht durch die überraschende Darstellungskunst der Mitspieler.

Vor allem der letzte Akt, in dem das Zusammentreffen von Großkapitalisten und Snobs mit einfachen Bauern geschildert wird, brachten durch die nie dick aufgetragene, sondern stets fein bleibende Komik den Erfolg zustande. Und wenn der Bauer einem Venuskorso ein Taschentuch als „Bracht'schen Zwickel" umbindet, hat er den Beifall des ganzen Hauses.

An der Spitze der Darsteller rangieren Adolf Wiesner und Otto Krantz als die Bauern Lindoberer und Scheichelroither. Sie beherrschen stets durch ihr unvergleichliches Spiel und ihre urwüchsige Komik die Szene. Es lohnt sich, dieser Mitspieler wegen die Aufführung zu besuchen. Mögen einzelne Sachen auch etwas antiquiert erscheinen, es bleibt alles in allem eine gefällige und durch die zum Teil unter Kinopreisen gehaltene, einmal für einen Proleten erschwingbare Eintrittspreise auch eine besuchenswerte Aufführung.

Lobend sei erwähnt, daß in diesem Theater man zu dem 10-Pfennig-Programm zurückgekehrt ist. Wann werden die anderen Theater folgen. —l—.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Diese Woche finden folgende Heimabende statt:

Dienstag, 25. 10.:
Heim 2, Martastr. 11: „Alle Räder stehen still".
Heim 7, Merkelstr. 2: „Einführung in die SJV".

Mittwoch, 26. 10.:
Heim 3, Mehlgasse: „Die russische November-Revolution".
Heim 4, Seydlitzstr. 1: „Wasser, Brot und blaue Bohnen".
Heim 5, Friedrich-Wilhelm-Str.: „Tagespol. Aussprache.
Heim 6, Hirschstr. 78: „Mitgliederversammlung".

Donnerstag, 27. 10.:
Heim 2: „Wir und der Wahlkampf."
Heim 3: „Ankurbelung der Wirtschaft?"
Heim 4: „Der 6. November".
Heim 5: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".
Heim 6: „Kann die schwarze Front für den Sozialismus kämpfen".

Freitag, 28. 10.:
Heim 2: „Kille-Kille, Wauwau-Wauwau".
Heim 7: „Wir lesen und rezitieren alle".

Genossen! Werbt, und bringt Gäste in unsere Heimabende mit!

Achtung! Org-Leiter. Monatsprogramme sofort im Büro abliefern.

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost: Heute, pünktlich 20 Uhr, veranstalten wir im Heim Tauentzienstr. 84 einen „Bunten Abend". Wir bringen Rezitationen, Musik, Ernstes und Heiteres aus Politik und Kulturbewegung. Instrumente sind mitzubringen. Gäste willkommen.

Monistische Jugend, Zentral. Heut, 19.30 Uhr, im Heim Grünstr. 14/16 Brettspielabend. Alles erscheinen. Achtung! Sprechbewegungschorteilnehmer heut 19.30 Uhr Grünstr. 14/16, sehr wichtige Probe. Turnschuhe mitbringen. Teilnehmer können sich noch melden.

Monistische Gemeinde Breslau E. V., Grünstraße 14/16. Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit. Mittwoch, 26. 10., 20 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: Vertreterwahlen 1933. Bezirkstagung. Aussprache über das Referat: „Lenin als Philosoph".

STADTTHEATER

Dienstag, 20—gegen 22
Abonn.-Vorst. E 4
Elektra

Mittwoch 20—gegen 22.30
Abonn.-Vorst. F 4
Die Entführung aus dem Serail

Donnerstag, 20—gegen 23
Der Freischütz

Werbt Abonnenten!

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.30
Die endlose Straße

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.15
Meine Schwester und ich

Pelzplüsch, Opossum, Feh, Seal, Biber etc. etc. zum Besatz und Verlängern von Mäntel etc. 10 cm nur 1.25, 0.95, 0.65, 0.45, 0.25 M
Versand nach auswärts!
Friedländer, Sonnenstr. 30

Kleine Anzeigen

sind kompreß gehaltene Anzeigen (Verkäufe, Kaufgesuche) nur von Privat. Wort 3 Pfg., fettes Wort 4 Pfg.

Türe gesucht
für Schrebergartenlaube geeignet. Gustav Zogoll. Reichstraße 18, Hth. II.

Beachtet unsere Inserate

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind
erfolgreich und billig!

„Der proletarische Ausweg aus der Krise"
von Walter Fabian
Eine Broschüre, die jeder Genosse und jede Genossin lesen muß
Zu beziehen durch das Sekr., Kl. Holzstr. 3, und durch alle Funktionäre
Preis 5 Pfennig

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gaburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe Telephon 206 02.

Wo decke ich meinen Bedarf?

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Franz Rzehulka
Kolonialwaren / Tabake
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

Obst - Gemüse - Kolonialwaren
Erich Völkel Bergstraße 30

WESTEN

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 252 21

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

Genossen! Fahrräder - Motorräder und alle Ersatzteile
bei **Karl Borst jun.,** Steinauer Straße 12a.

Kolonialwaren · Spirituosen · Zigarren
Alfred Köppert
Edeka-Geschäft - Westendstr. 56

möbel preiswert im möbelhaus das heim königsplatz 4

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

9% Kolonialwaren Josef Walter **9%**
Mariannenstr. 21, Ecke Görlitzer Str.

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei Ritter. Friedrich-Wilhelm-Straße 35

Skandal im Rundfunk

Antisemitische Hetze

Am Berliner Rundfunk ist es am Sonnabend zu einem Skandal gekommen, der selbst in der neuen Aera einzigartig dasteht und in breitesten Kreisen berechtigte Empörung hervorgerufen hat. Das Telephon hat an diesem Abend im Rundfunkhaus nicht stillgestanden, und die Herren haben einmal verspürt, was es heißt, Tag für Tag die Hörerschaft herauszufordern, zu verhöhnen und zu beschimpfen.

Um 9 Uhr wurde ein Vortrag eines Unbekannten angekündigt, der sich „Ketzereien" gegen die Zeit erlauben wollte. Der Name des Betreffenden wurde nicht genannt. Mut gehört also nicht zu den nationalen Eigenschaften. Der anonyme Sprecher erging sich dann in einem arroganten, schnöseligen Tone über Berliner Zeitungen und Zeitschriften sowie über ihre Redakteure, kanzelte sie ab wie Rekruten und ließ es dann

an antisemitischen Anwürfen nicht fehlen.

Zu Beginn seiner Schmährede erklärte der tapfere Unbekannte, wer seine Ausführungen nicht hören wolle, solle abstellen. Die Hörer haben diese Erklärung als besondere Frechheit des anonymen Schimpfboldes empfunden.

Der Name des Herrn war offiziell nicht zu erfahren. Die gesamte Rundfunkleitung ist für diesen unerhörten Vorfall verantwortlich, sie hat das Manuskript gekannt.

Körperkulturschule Adolf Koch verboten

Ein neuer Schlag der Bracht-Reaktion

Als vor einigen Wochen ganz Deutschland über die Zwickel-Verordnung des Herrn Bracht lachte, wies die „SAZ" darauf hin, daß diese Verordnung auch ihre sehr ernste Seite hätte, zumal eine unmittelbare Gefahr für wichtige Kultureinrichtungen der Arbeiterschaft bestände. Was wir damals befürchteten, ist nunmehr eingetreten. Durch einen Erlaß des preußischen Unterrichtsministeriums ist die seit 10 Jahren bestehende Freikörperkulturschule Adolf Koch verboten worden. Die Schule soll mit ihren Unterrichtsstätten, die sie in einer Reihe von deutschen Städten unterhält, bereits am 31. Oktober geschlossen werden.

Das Verbot stützt sich auf eine Ministerialinstruktion aus dem Jahre — 1839 (!) und hat folgenden Wortlaut:

„Nach unseren Feststellungen hat die sozialpädagogische Körperkulturschule Adolf Koch ihren ursprünglichen Charakter immer mehr verloren. Im Schulbetrieb ist neben dem Unterricht und der Gymnastik die ärztliche Betreuung durch Untersuchungen und Beratungen sowie durch die Höhensonnenbestrahlung und Brausebäder stark in den Vordergrund getreten. Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß die gesundheitlichen und sozialpädagogischen Gesichtspunkte der Schule das unterrichtliche Interesse überwiegen. Bei dieser Sachlage ist es nicht möglich, die Schule als im Sinne der Staatsministerial-Instruktionen vom 31. Dezember 1839 anzusehen. Die Schule muß zum 31. Oktober 1932 geschlossen werden. Der Widerruf betrifft auch die Konzessionen der Lehrkräfte. Die erforderlichen Abwicklungsmaßnahmen sind so durchzuführen, daß der Schulbetrieb am 31. Oktober 1932 bestimmt aufhört."

Diese „Begründung" zeigt klar und deutlich, daß nicht einmal vom Standpunkt der preußischen Mucker irgend ein Anlaß zum Vorgehen gegen die Freikörperkulturschule gegeben war. An den Haaren wird eine fast 100 Jahre alte, unter ganz anderen Umständen erlassene Verfügung herangezogen, um eine Maßnahme zu „rechtfertigen", mit der eine fortschrittliche Einrichtung der klassenbewußten Arbeiterschaft vernichtet werden soll.

Die Schule von Adolf Koch, die weit über Deutschlands Grenzen hinaus Beachtung und höchste Anerkennung gefunden hat, ist mit ungeheuren Opfern der Mitarbeiter und Tausender von Proletariern aufgebaut worden, um dem Gedanken moderner Körperkultur zu dienen. Tausende von Erwerbslosen erhalten dort unentgeltlich Körperkulturunterricht und eingehende ärztliche Beratung.

Die Leitung der Schule wird gegen das Verbot Beschwerde einlegen. Es ist notwendig, daß alle Arbeiterorganisationen, insbesondere die Arbeiter-Sport- und Kultur-Verbände und die freien Gewerkschaften, sich diesem Protest anschließen und nun erst recht die Massen zum Kampf gegen die immer weiter vordringende Kulturreaktion aufrufen!

Das Kloster zum Schupo

Der Berliner Polizeipräsident hat verfügt, die Hausordnung in den Polizeiunterkünften durch die Bestimmung zu ergänzen, daß den ledigen Polizeibeamten Damenbesuche nicht mehr gestattet sind. Wir sind also auf dem besten Wege dazu, daß unsere frommen Polizeibeamten, von denen bekanntlich zahlreiche dem biblischen Grundsatz huldigen „Liebe deinen Nächsten", sich langsam aber sicher zu Mönchen verwandeln werden. Man könnte zwar annehmen, daß die neue Moralbestimmung von jenem bewährten preußischen Regierungsrat stammt, der der Vater der Zwickelverordnung ist und der bei seinen Spaziergängen in den Grunewald jeden Augenblick über gewisse Erzeugnisse der Gummiindustrie oder aber über verdächtig daliegende Pärchen stolperte. Nein, Herrschaften: Ehre, wem Ehre gebührt! Die obengenannte Bestimmung ist schon älteren Datums und stammt noch von einem preußischen Innenminister namens Severing, der, wie verlautet, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören soll.

Bereits am 21. März d. J. hatte der preußische Innenminister angeblich auf Grund verschiedener Vorkommnisse, über die man sich nicht näher ausdrückte, angeordnet, daß die Unterkunftsräume der ledigen Beamten der Polizeibereitschaften künftighin von Personen weiblichen Geschlechts nicht mehr betreten werden dürfen. Zum Empfang für weibliche Bekannte und Verwandte sollen den Beamten besonders hergerichtete „Wohlfahrtsräume" und Kantinen zur Verfügung stehen. Dieser Erlaß war bisher nur in Berlin nicht durchgeführt worden. Und nun hat Herr Melcher dem katastrophalen Zustand, daß ein lediger Polizeibeamter von seiner Großmutter besucht werden kann, ein Ende gemacht.

Der Verband Preußischer Polizeibeamter wendet sich gegen die neue Verfügung und bezeichnet sie als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Beamten. Wenn Mißstände vorgekommen sein sollten, so würden sie bestimmt nicht durch solche drakonischen Maßnahmen beseitigt. Die Unterkunftsräume seien nicht so eingerichtet, wie es notwendig sei, und die hergerichteten Wohlfahrtsräume reichten absolut nicht aus, um dort den gesamten Besuch zu empfangen.

Explosion bei den Continentalwerken

2 Arbeiterinnen tödlich verwundet

Hannover, 24. Oktober.

In den Betrieben der Continentalwerke explodierte heute früh ein Vulkanisierapparat. Zwei Arbeiterinnen wurden tödlich verletzt. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

Eisenbahnunfall in Ostpreußen

Königsberg, 24. Oktober.

Im Bahnhof Tiefensee (Ostpreußen) fuhr heute nachmittag ein Personenzug auf einen haltenden Güterzug. Die Lokomotive des Personenzuges und der Postwagen entgleisten. Ein Bahnbediensteter wurde schwer, drei Reisende leicht verletzt.

14 Hochzeitsgäste durch Deckeneinsturz getötet

Kairo, 24. Oktober.

In der Nähe von Girgeh stürzte in einem Hause, in dem eine Hochzeit gefeiert wurde, der Fußboden des zweiten Stockwerkes ein, in dessen Räumen sich die zahlreichen weiblichen Gäste zum Hochzeitsmahle versammelt hatten. Die Anwesenden fielen in das erste Stockwerk, wo ebenfalls viele Gäste weilten. 14 Personen büßten ihr Leben ein. Auch die junge Ehefrau befindet sich unter den Toten.

Erdbeben in der Südsee

Oben: Die neue Verkehrsbrücke in Wairoa, die als Ersatz für die bei dem Erdbeben im Februar 1931 zerstörte Brücke im Bau war und die durch das neue Erdbeben zum Einsturz gebracht wurde.

Unten: Ein Stahlschuppen, dessen Wände durch das Erdbeben in Wairoa wie die Blätter eines Kartenhauses umgestürzt und zusammengeknüllt wurden.

Wieder wurde Neuseeland, das Australien benachbarte Inselreich im Stillen Ozean, von einem Erdbeben heimgesucht. Am schlimmsten betroffen wurde Wairoa, 80 Meilen von Napier entfernt, das bei dem furchtbaren Erdbeben von 1931 dem Erdboden fast gleichgemacht wurde. Trotz der schweren Einsturz-Wirkungen kam diesmal kein Menschenleben zu Schaden.

das buch

„Und sie bewegt sich doch!"

Daß die Erde sich um die Sonne dreht, das wissen wir. Daß die Erdkruste aber mit ihren Gebirgen und ihren tiefen Falten sich in ständiger Bewegung befindet und wie diese Bewegung vor sich geht, wird auf eine für den Laien sehr verständliche Art und Weise von dem Spezialisten Dr. Haarmann-Berlin in einem Aufsatz „Und sie bewegt sich doch" im Oktoberheft der „Koralle" dargestellt. Dieser Aufsatz ist gerade im Zusammenhang mit den letzten Erdbeben von größerem Interesse.

Daneben ist ein Artikel mit sehr schönen Bildern über „Bauernkultur und Bauernkunst Oberbayerns" und ein anderer „Warum Windmühlenflugzeug?" beachtenswert.

Ein Sprechchor der Arbeitersportler

Zum 40jährigen Bestehen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Dresden führte die Jugend einen neuen Sprechchor des Genossen Walter Fabian „Wir wollen Kämpfer sein" auf. In diesem Werk ist die Gegenüberstellung von bürgerlichem Rekord- und Sensationssport und Arbeitersport als Massensport gut gelungen. Für den Arbeiter ist der Sport nicht nur Spiel und Freude, sondern Mahnung, den Körper zu stählen zum Einsatz für den Kampf der Klasse. Das Werk ist sprachlich gut gestaltet und für Aufführungen im Freien und in geschlossenen Räumen gut geeignet. Besonders lebendig wirkt die Einfügung von sportlichen Uebungen. Bei dem Mangel an guten Chören sind dem Werk weitere Aufführungen zu wünschen. Das Aufführungsrecht ist durch den Verlag der „SAZ", Breslau, Kleine Holzstraße 3, zu erwerben.

P. B.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

78) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Massenversammlung

— Thema: Unsere nächsten Aufgaben —

Heute abend 8 Uhr im Zirkus Busch.

Arbeiter, Frauen, Soldaten, kommt alle!

Spartakusbund.

Am Lustgarten steht ein von Matrosen und Arbeitern besetztes Lastauto eingemauert von Gesichtern und ausgestreckten Armen.

„Karl Liebknecht!"

„Liebknecht spricht!"

„Ruhe doch schon!"

Liebknecht steht auf dem Wagendach und zeigt zum Hauptportal des Schlosses hinüber: „Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an dieser Stelle, wo die Kaiserstandarte wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!"

Der Wagen rollt durch die Menge und schwankt die Auffahrt hoch. Das Volk strudelt hinterher, auf die inneren Höfe, Treppen hoch und über Flächen glatten Parketts.

Während Liebknecht mit dem Oberkastellan des Schlosses verhandelt und sich zu einem der Fenstersäle führen läßt, suchen die eingedrungenen Volksmassen sich durch die weiten, in welchem Dunkel liegenden Räume. Ein Haufen entdeckt die seit 1914 nicht mehr benutzten Küchenräume. Einer findet den Schalter und knipst das Licht an.

Wie angenagelt verharrt die Menge an der Schwelle. Mit ungläubigen Gesichtern starren sie die aufgestapelten Vorräte an. Auf den kalten Kochherden, auf Tischen, am Boden, — überall lagern Säcke, türmen sich Kisten, stehen große irdene Töpfe. Und die prallen Säcke, die schweren Kisten, die bauchigen Krüge sind keine Attrappen. Nicht lange dauert die Bestürzung dieser ausgezehrten, von ihren Machthabern bis an die Grenze körperlichen Zusammenbruchs ausgeplünderten Geschöpfe. In hungriger Gier fallen sie über das kaiserliche Hamsterlager her: 800 Säcke blütenweißes ukrainisches Mehl, zahlreiche Säcke mit Kaffee, Büchsen mit Tee, Konserven, tausende Eier, Töpfe mit Schmalz, Gläser mit würzigen Tunken, ganze Reihen Zuckerhüte, Mengen von Hülsenfrüchten, Schokolade, Zigarren, Zigaretten.

Kisten werden zertrümmert, Säcke aufgerissen, Kaffeebohnen rieseln an den Boden, Mehl staubt auf. Und die Gerüchte dieser lange entbehrten Sachen betäuben diese ausgemergelten Menschen — Pulverarbeiterinnen — Kriegsverletzte, Soldaten — noch mehr als die gierig eingeschlungenen Happen.

Und oben, auf dem Balkon, von dem herunter Wilhelm II seine Ansprachen „An mein Volk" gehalten hat, schimmert die bleiche Stirn Karl Liebknechts, bewegt sich im Takt pathetischer Sätze seine ausgestreckte linke Hand: „. . . nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor siebzig Jahren stand hier an demselben Ort Friedrich Wilhelm IV. und mußte vor dem Zug der auf den Barrikaden Berlins für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor den 50 blutüberströmten Leichnamen, seine Mütze abnehmen. Ein anderer Zug bewegt sich heute hier vorüber. Es sind die Geister der Millionen, die für die heilige Sache des Proletariats ihr Leben gelassen haben. Mit zerhackten Schädeln, in Blut gebadet, wanken diese Opfer der Gewaltherrschaft vorüber, und ihnen folgen die Geister der Millionen von Frauen und Kindern, die für die Sache des Proletariats in Kummer und Elend verkommen sind. Und Abermillionen von Blutopfern dieses Weltkrieges ziehen ihnen nach. Heute steht eine unübersehbare Menge begeisterter Proletarier an demselben Ort, um der neuen Freiheit zu huldigen. Parteigenossen, ich verkünde die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: ‚Habt ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, so wenden wir uns von euch ab!' Und nun hat es kaum vierzehn Tage gedauert. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um eine Regierung der Arbeiter und Bauern aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. Wer von euch die freie sozialistische Republik und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur."

Vom Schloß bis zum Spreeufer, bis zu den Säulen des Museums, bis zum Dom drängen sich die Massen. In dem über den Gesichtern liegenden Dunst bewegt sich ein Gestrüpp von ausgestreckten Armen und Händen. Ein einziger heiserer Schrei umbraust das alte, graue Schloß:

„Wir schwören!"

„Hoch die Republik!"

Plötzlich steht der Dom festlich erleuchtet da und fängt mit allen Glocken zu läuten an, aber die Masse läßt sich dadurch nicht ablenken. Ein purpurroter Teppich schiebt sich über die Brüstung des Kaiserbalkons und hängt in breiter Bahn herab.

Da fällt der Ruf:

„Hoch lebe der erste Präsident der sozialistischen Republik, hoch Karl Liebknecht!"

Liebknecht winkt ab und ruft zurück:

„Soweit sind wir noch nicht. Ob Präsident oder nicht, wir müssen alle zusammenstehen, um das Ideal der Republik zu verwirklichen. Hoch die Freiheit! Hoch das Glück und der Friede!"

„Friede!" kommt das Echo zurück.

Und wieder braust das Volk auf: am Mast der Kaiserstandarte geht die rote Fahne hoch.

Liebknecht stellt auf dem Schloßhof in größter Eile eine Truppe zusammen, die das zum Volkseigentum erklärte Schloß besetzt halten soll, und ernennt einen Soldaten zum Kommandanten. Den vierundzwanzig Mann, die von der alten Wache noch übrig geblieben sind, verspricht er freies Geleit. Dann besteigt er wieder den Wagen, mit dem er gekommen ist und fährt mit seinen Begleitern in den Reichstag.

Er betritt das Zimmer 18, in dem die Unabhängigen beraten.

Sein Kopf ist bis zum Bersten voll von den Erlebnissen dieses einzigartigen Tages. Der Agitator Liebknecht, der in einem Saal voll begeisterter Zuhörer sich bis zur Selbstvergessenheit entzünden kann, hat heute Hunderttausende marschieren sehen. Er blickt sich um im Kreise der hier disputierenden Dittmann, Müller, Barth, Wurm, Cohn. Er hat keinen eigentlichen Eindruck von den Gesichtern und hört kaum, über was debattiert wird. Er erfaßt nur das leitende Thema, und ohne Fragen zu stellen, ohne Gegenäußerungen abzuwarten, tritt er an den Schriftführer heran und diktiert in die Schreibmaschine: „Alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Gewerkschaftsarbeit

Einem längeren Rundschreiben der zentralen Gewerkschaftsabteilung des Parteivorstandes entnehmen wir nachstehende für alle SAP-Genossen sehr beachtenswerte Abschnitte:

1. Die Bedeutung unseres Arbeitsbeschaffungsprogramms

reicht weit über den Wahlkampf hinaus. Unsere Aufgabe ist es, vor allem das Arbeitsbeschaffungs-Programm in Betrieb, Gewerkschaft und unter den Erwerbslosen lebendig zu machen. Am besten geschieht das natürlich in Referaten. Aber auch in gut vorbereiteten Diskussionsreden läßt sich viel erreichen. Gute Argumente finden unsere Genossen bereits in dem Begleitartikel des Gen. Weckerle („Kampfsignal" und „SAZ" vom 20. Oktober.) Wer außerdem unsere Zeitungen aufmerksam liest und das einschlägige Material sammelt, ist jederzeit in der Lage, vor sozialdemokratischen, parteilosen oder auch kommunistischen Arbeitern zu beweisen: a) daß unser Arbeitsbeschaffungs-Programm den Interessen der gesamten Arbeiterklasse entspricht; b) daß es nur auf diesem Wege möglich ist, Millionen von Arbeitskräften in den Produktionsprozeß einzureihen, und c) daß die Arbeiterschaft im Kampf für die aufgesteckten Ziele zum Kampf um die politische Macht und zum Sozialismus gelangen wird.

In Gewerkschaftsversammlungen muß besonders hervorgehoben werden, daß der von uns propagierte Kampf gegen den Monopolkapitalismus, gegen den Agrarwucher, gegen die Ausgaben für den Unterdrückungs- und Machtapparat, für Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Lohnabbau, gegen Sozialabbau, für Fortführung stillgelegter Betriebe der einzige Weg ist, der den Interessen der Gewerkschaftsbewegung entspricht und auf dem es den Gewerkschaften möglich ist, die Interessen ihrer Mitglieder mit Erfolg zu verfechten und ihre schwer bedrohte Existenz zu sichern.

Zum gemeinsamen Kampf um die Durchführung unseres Arbeitsbeschaffungs-Programms muß die Zusammenfassung der Kräfte aller Arbeiterorganisationen angestrebt werden. Wir müssen dafür eintreten, daß zu den im letzten Absatz des Arbeitsbeschaffungs-Programms erwähnten örtlichen Arbeitsbeschaffungs-Ausschüssen alle lokalen Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Sport- und Kulturvereine) und die namhaften Betriebe Vertreter entsenden, so daß ein solcher Arbeitsbeschaffungs-Ausschuß tatsächlich als Repräsentant der gesamten Arbeiterbewegung zu betrachten wäre.

2. Der Stand unserer gewerkschaftlichen Arbeit

In den letzten Monaten haben unsere Genossen vielerorts mit einer systematischen und aktiven Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft begonnen. Ihre Aktivität hat sich in zahlreichen Abwehrstreiks ausgewirkt. Vielfach haben bei solchen Streiks unsere Genossen eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Bis zu einem gewissen Grad spiegelt sich die erhöhte Aktivität auch in unserer Presse wider.

Aber das bisher Erreichte können wir nur als einen erfreulichen Anfang gelten lassen. Das meiste muß von uns auf gewerkschaftlichem Gebiet erst noch getan werden. Es muß auch festgestellt werden, daß in so mancher Ortsgruppe unsere gewerkschaftlich organisierten Genossen mit der Arbeit noch nicht einmal begonnen haben. In solchen Ortsgruppen haben unsere Genossen auch bei den Abwehrbewegungen ihre Pflicht als revolutionäre Kämpfer nicht erfüllt.

3. Schafft Betriebszeitungen

Von verschiedenen Genossen ist bei uns die Schaffung von Betriebszeitungen oder Zeitungen für ganze Berufsgruppen angeregt worden. Wir können diese Anregungen nur unterstützen. An Stoff ist sicher kein Mangel. Auch finanzielle Hindernisse dürften in den meisten Fällen nicht bestehen, da erfahrungsgemäß durch Verkauf die Selbstkosten aufzubringen sind.

Die Aufgabe solcher Betriebs- oder Berufsgruppen-Zeitungen sind sehr vielseitig.

Erstens muß durch sie unseren Genossen und Sympathisierenden die Notwendigkeit einer systematischen Arbeit in den Gewerkschaften und gemeinsamen Handelns klar gemacht werden.

Zweitens sind solche Zeitungen besonders geeignet, um die gewerkschaftlichen und politischen Fragen vom Standpunkt der SAP aus zu beleuchten und vor allem unser Arbeitsbeschaffungs-Programm zu propagieren.

Drittens haben sie die Aufgabe, sich mit dem bankrotten Reformismus und der verfehlten RGO-Politik an Hand konkreter Vorgänge auseinanderzusetzen.

Viertens ist von großer Wichtigkeit, daß durch unsere Zeitungen die Wirkung des Giftes paralysiert wird, das von Unternehmerseite durch Betriebs- und Zechen-Zeitungen den Arbeitern eingeträufelt wird.

Wir empfehlen daher dringend, wo immer es möglich ist, solche Zeitung herauszugeben. Geschieht das, dann bitten wir, uns regelmäßig zwei Exemplare einzusenden.

4. Literaturvertrieb

... Das Rote Gewerkschaftsbuch hat längst noch nicht die notwendige Verbreitung gefunden. Wir kennen die finanzielle Not unserer Genossen, aber sie erklärt und entschuldigt nicht, wenn feststeht, daß in eine größere Ortsgruppe noch nicht ein Exemplar gekommen ist, während eine andere gleichstarke und ebenso notleidende Ortsgruppe schon 25 Exemplare zu verbuchen hat. Hier fehlt's ohne Zweifel am nötigen Verständnis für die große Bedeutung der Sache, vielleicht sogar am guten Willen. Wir erwarten, daß das anders wird.

5. Gewerkschaftsarbeit unserer Jugendgenossen

Wir machen darauf aufmerksam, daß nunmehr auch die Genossen vom SJV mit einem systematischen Aufbau einer gewerkschaftlichen Tätigkeit begonnen haben. Wir erwarten, daß unsere Genossen die Bestrebungen der Jugendgenossen allerorts nach Kräften unterstützen oder auch, wo es angebracht ist, die Initiative zur Zusammenfassung unserer jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder ergreifen.

6. Zwang zur Streikbrecherarbeit

Es ist damit zu rechnen, daß auf Grund des Streikverbots der Papen-Regierung die Arbeitsämter Arbeitskräfte nach bestreikten Betrieben vermitteln und im Weigerungsfalle den betreffenden Erwerbslosen die Unterstützung entziehen werden. Wie sollen sich unsere Genossen in solchen Fällen verhalten? Wir haben in dieser Situation die Pflicht, nur eine geschlossene Arbeitsverweigerung durchzuführen. Um diese zu erreichen und möglichst stark wirksam werden zu lassen, ist es notwendig, in solchen Fällen so viel als nur möglich Staub aufzuwirbeln. Protestversammlungen, Demonstrationen müssen durchgeführt werden. In der Presse, durch Flugblätter muß Lärm geschlagen werden. Von den Gewerkschaften muß eine Stellungnahme verlangt und die gesamte Arbeiterschaft zu gemeinsamen Aktionen aufgerufen werden.

Gewerkschaft oder Begräbnisverein

Die Generalversammlung der Hamburger Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat am 26. September beschlossen, eine Begräbniskasse zu errichten. Jedes Verbandsmitglied wird verpflichtet, 10 Pfg. pro Woche zu zahlen dafür wird er vom Verbande nebst Frau und Kinder gratis beerdigt. Die Mitgliedschaft in der Begräbniskasse ist für jeden Verbandskollegen obligatorisch (!!). Zur Begründung wird angeführt, daß man damit die Mitglieder bis in den Tod bei der Stange halten und gleichzeitig die Verbandskasse stärken könne.

Hier zeigt sich die alte Leichtfertigkeit der Reformisten wieder ganz deutlich. Als wir uns seinerzeit gegen die Einführung der Invalidenunterstützung wandten, wurden uns ähnliche Geschichten erzählt. Heute müssen selbst die damaligen Verfechter der Invalidenunterstützung zugeben, daß diese eine neue schwere finanzielle Belastung für den Verband ist und dauernd Zuschüsse braucht. Die Sätze sind stärker herabgesetzt worden, wie bei der staatlichen Versicherung. Hierdurch wurde nichts weiter als eine große Verärgerung bei den alten Kollegen erzielt. Erst eine bedeutende Beitragserhöhung, dann herabgedrückte Leistungen. Das ist dann der „Erfolg" dieser Abart gewerkschaftlicher Betätigung

Der Versuch der Einführung von Sterbekassen wird sicher in allen größeren Zahlstellen gemacht werden. Wir müssen dem von Anfang an den stärksten Widerstand entgegensetzen und überall die Nachahmung des Hamburger Beispiels verhindern. Wir haben uns um die Lebenden zu kümmern und nicht um die Toten. Hätten die von den Gewerkschaftsinstanzen noch heute gestützten SPD-Führer nicht vier Notverordnungen toleriert, dann ging es uns Lebenden heut besser. Aber man kümmert sich lieber um die Toten, denn die können sich gegen eine schäbige Politik nicht mehr wenden, sie stören nicht mehr die Ruhe und Bequemlichkeit einer gewissen Sorte von Arbeiterführern. Gewerkschaftsführer, die keine anderen Wege zur Stärkung und Aktivierung der Gewerkschaften wissen, sollen sich lieber selbst beerdigen lassen.

Der Verbandsbeirat des DHV, der am 10. und 11. Oktober in Berlin tagte, hat unter anderem den Beschluß gefaßt, den Verbandstag, dessen Delegierte schon im März d. J. gewählt wurden, erneut zu vertagen.. Unsere Forderung dazu muß sein: Neuwahl der Delegierten für den kommenden Verbandstag, denn in dem halben Jahre hat sich sehr viel geändert.

Der Beirat beschloß ferner, daß in Zukunft auch erwerbslose Kollegen in den Verband aufgenommen werden. Mit der Aufnahme von Arbeitslosen wird eine alte, von der SAP immer unterstützte Gewerkschaftsforderung der Opposition erfüllt. Wir müssen das den Reformisten überall unter die Nase reiben. So wie sie diese Forderung erfüllen mußten, so werden sie auch gezwungen werden, alle unsere Vorschläge durchzuführen. Es gibt aber nur einen Weg zur Aktivierung und Stärkung der Gewerkschaften und den zeigen wir. Deshalb Genossen weiterarbeiten, weiterkämpfen!

Arbeitsinvaliden gegen „Eiserne Front"

Die Ortsgruppe Probstzella in Thür. im Zentralverband der Arbeitsinvaliden befaßte sich in der letzten Mitgliederversammlung mit der Haltung der Verbandsinstanzen bei der letzten Reichtagswahl. Auf die Aufforderung, nur die Liste der SPD zu wählen, nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Mitglieder der Ortsgruppe Probstzella im Zentralverband der Arbeitsinvaliden lehnen — wie bereits in den Mitgliederversammlungen am 7. 2. und 7. 8. 1932 einstimmig beschlossen — nach wie vor die „Eiserne Front" ab. Sie fordern vom Verbands- und Gauvorstand grundsätzliche parteipolitische Neutralität und lehnen eine einseitige Propaganda für die SPD ab.

Sie verpflichten den Orstgruppenvorstand, die Geschäfte der Ortsgruppe in diesem Sinne weiter zu führen, und weisen alle Angriffe der Verbands- und Gauleitung namentlich gegen den 1. Vorsitzenden, entschieden zurück.

Der Vorsitzende ist verpflichtet, auf der in Weimar tagenden Konferenz der Ortsgruppenvorstände die Beschlüsse der Ortsgruppe zu beachten.

Die Versammlung billigt auch nicht das Verhalten der Thüringer Delegation auf dem Verbandstag in Breslau."

Anschließend wurde der beabsichtigte Volksentscheid der SPD einer Kritik unterzogen. Es wurde dabei festgestellt, daß der Volksentscheid falls es überhaupt dazu kommen sollte, nicht das geeignete Mittel ist, um die in bedrohliche Nähe gerückte Zerschlagung der Sozialversicherung aufzuhalten. Es dürfte vielmehr der Beweis erbracht sein, daß die parlamentarischen Machtmittel versagt haben und auch weiter versagen müssen. Die Arbeiterschaft muß sich einigen und für den außerparlamentarischen Kampf rüsten. Auch die Rentnerschaft deren Interessen mit der Arbeiterschaft verbunden sind, muß sich deshalb in den außerparlamentarischen Kampf einreihen.

Verlogene SPD-Wahlmache beim Malerverband in Hannover

Ein Beweis, daß die Gewerkschaftsversammlungen heute schon wieder zu Wahlversammlungen der SPD ausgenutzt werden, zeigte u. a. die letzte Malerversammlung in Hannover. Referent war der Spitzenkandidat der „Freiheitsliste" Koll. Partsch. Nach seinen Ausführungen ist für die Arbeiterklasse kein Anlaß zu Besorgnissen vorhanden. Anläßlich der verschiedenen Kämpfe gegen Lohnabbau, die in der letzten Zeit stattfanden, meinte er, daß einige davon nicht nur Abwehrstreiks gewesen sind, sondern daß es sogar möglich war, Verbesserungen für die Arbeiterklasse herauszuholen. Damit widerlegte er unfreiwillig die alte These, daß während der Krise nicht gekämpft werden könnte.

Die „Sozialisierungsanträge" der SPD standen natürlich im Mittelpunkt des Vortrages. Den Ausweg aus dem Elend, in dem wir uns befinden, könne uns nur die Planwirtschaft bringen. Aber darüber, wie wir hierfür die Macht erringen, fiel kein Wort.

Als in der Diskussion unser Genosse Neugebauer darauf hinwies, daß, wenn die Arbeiterklasse zum Ziele gelangen will, sie schon ein ganz energisches Machtwort sprechen muß, erklärte Kollege Partsch, daß auch er sich darüber klar ist, daß es so ganz ohne Kampf nicht abgehen wird. Was heißt aber Kampf? Stimmzettel oder außenparlamentarische Aktion?

Ohne persönliche Verunglimpfung der SAP-Genossen durch die SPD ging es diesen Abend wieder nicht ab. Alte Ladenhüter und wahrheitswidrige Behauptungen wurden aufgestellt. Daß die Nazis in Zwickau so stark sind, sei die Schuld von Seydewitz und seiner Spaltung. (Und daß sie in Hannover so stark sind, wer hat da die Schuld Kollege Partsch?!) „Rosenfeld mit seinen Millionen" (die er leider nicht hat. D. Red.) denkt natürlich nicht daran, sie seiner Partei zur Verfügung zu stellen. Dieser und ähnlicher Dreck ist die geistige Nahrung, die man heute von der SPD-Bürokratie der Kollegenschaft vorzusetzen wagt! Der Arbeiterklasse den Weg klar aufzuzeigen, hält man nicht für notwendig. Oder besser gesagt, man will es gar nicht.

Hier beginnt unsere Aufgabe als SAP. Mögen die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen noch so groß sein, im Interesse der Arbeiterklasse müssen und werden wir sie überwinden

Werbt Abonnenten

Die Sozialisierung und die Rolle der USP

Zu der Entgegnung des Genossen Rosenfeld auf die Artikel des Genossen Walcher, „Wie die Sozialisierung marschierte", schickt uns Genosse Walcher folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung.

Zwickau, den 22. 10. 32

An die Redaktion der „SAZ".

Werte Genossen! Ganz unerwartet finde ich in der heutigen „SAZ" eine Entgegnung des Genossen Rosenfeld auf meine Artikelserie über die Behandlung der sogenannten Sozialisierungsfragen in den Jahren 1918/19. Ich muß gestehen, daß ich bisher weder Rosenfeld noch ein anderes namhaftes Mitglied unserer Partei im Verdacht hatte, er sei heute noch mit der damaligen Rolle der USP einverstanden und decke sie. Ich habe mich geirrt. Obwohl der im revolutionären Sinne geschulte Leser von selbst bemerkt haben wird, daß Rosenfeld mit den umfangreichen Zitaten in seiner Entgegnung das Pech hat, gerade das zu beweisen, was er zu widerlegen trachtete, erscheint es doch notwendig, die aufgeworfene grundsätzlich wichtige Frage durch eine gesonderte Betrachtung der damaligen Rolle der USP nun etwas stärker zu beleuchten. Augenblicklich bin ich aber mit anderen Aufgaben zu sehr belastet, und zurzeit ist wohl auch die Aufmerksamkeit der Partei durch den Kampf mit den Gegnern unserer Partei derart in Anspruch genommen, daß man es mir sicher von keiner Seite verdenken wird, wenn ich damit warte, bis der Wahlkampf vorüber ist.

Kampfbereit J. Walcher.

Der „seidene" Severing

Wir berichteten seinerzeit über die Tatsache, daß der freigewerkschaftliche Textilarbeiterverband in Krefeld die Geschmacklosigkeit besaß, das Bild Severings mit der Unterschrift „Ich weiche nur der Gewalt" versehen, in Seide herstellen und im ganzen Reich vertreiben zu lassen. Wir hatten angenommen, daß zum mindesten die oberen Gewerkschaftsinstanzen inzwischen begriffen hätten, wie sehr sich damit der Textilarbeiterverband lächerlich machte und seinen Freund Severing noch extra unsterblich blamiert.

Doch wir haben uns geirrt. Der oberen Gewerkschaftsbürokratie nicht nur im Textilarbeiterverband, sondern im ganzen ADGB ist offensichtlich jeder Sinn für politisches Verständnis abhanden gekommen. Und so macht sie den „Schwabenstreich" ihrer Krefelder zu einer riesigen politischen Blamage des ganzen ADGB, denn in den verschiedenen Gewerkschaftsblättern, u. a. auch in der „Metallarbeiter-Zeitung", findet sich folgende Notiz:

„Ein Bild Carl Severings.

Zur Erinnerung an die gewaltsame Amtsentsetzung der Preußenregierung am 20. Juli hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband (Geschäftsstelle Krefeld) ein in Seide gewebtes Bild des sozialdemokratischen Innenministers Carl Severing anfertigen lassen. Das kunstgewerblich vorzüglich ausgeführte Bild sollte wegen seiner historischen Bedeutung (!) eine Verbreitung in der gesamten Arbeiterschaft und republikanischen Bevölkerung finden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Buchhandlungen usw. wie auch die Organisationen der „Eisernen Front" haben das Bild zum Vertrieb. Einzelverkaufspreis 50 Pfennig."

Man kann hier nur sagen: Es blamiert sich jeder so gut wie er kann. Die gesamte, besonders aber die gewerkschaftlich organisierte, Arbeiterschaft sei daran erinnert, daß die „historische Bedeutung" des 20. Juli für die Arbeiterklasse eine sehr schmachvolle ist, daß es sich gerade bei Severing um eine beispiellos feige Preisgabe von Arbeiterinteressen handelt. Severing hat durch sein Schreiben an den Staatsgerichtshof selbst erklärt, daß, wenn Herr von Papen vorher mit ihm gesprochen hätte, er freiwillig gegangen wäre. So wich dieser jetzt „in Seide gewebte" Held — der Gewalt.

Noch einmal das Mätzchen?

Im vorigen Jahre schleifte die SPD des Bezirks Plauen-Zwickau einen gewissen Professor Mario Corsi aus Italien durch alle vogtländischen Orte, um den vogtländischen Proletariern zu „beweisen", daß die Tolerierungspolitik der SPD die einzig richtige Methode der Rettung vor dem Faschismus sei. Dem angeblichen Corsi passierte es, daß er gelegentlich einmal seinen Paß vorzeigen sollte und weil er ihn nicht bei sich hatte, verhaftet wurde. Schließlich kam der Paß aber doch zum Vorschein und es stellte sich heraus, daß Corsi den gar nicht italienischen Namen Innwinkl führte, ein gebürtiger Südtiroler war und als von den „faschistischen Banden Gehetzter" seinen funkelnagelneuen Paß vom faschistischen Konsulat in München bezogen hatte.

Jetzt tritt ein gewisser Italiener Dr. Mungioli auf, um über den Faschismus in „seinem Heimatlande" zu reden. Man darf niemandem verübeln, wenn er in die Identität des neuen in der Arbeiterbewegung ganz unbekannten Reklameredners der SPD einige massive Zweifel setzt.